



Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

6. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)^{*)}

13. Dezember 2000

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.45 Uhr bis 13.30 Uhr

Vorsitz: Dr. Helmut Linssen (CDU)

Stenografin: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

(TOP 1 - Vorfahrt für den Mittelstand! - siehe Ausschussprotokoll 13/139)

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/400

1

Der Ausschuss verständigt sich darauf, in seiner Sitzung am 17. Januar 2001 eine Frage- und Diskussionsrunde über die in schriftlicher Form vorliegenden Einführungen in die den Ausschuss betreffenden Kapitel der jeweiligen Einzelpläne abzuhalten und in seiner Sitzung am 7. März 2001 über die Änderungsanträge abschließend zu beraten und abzustimmen.

^{*)} öffentlicher Teil mit TOP 1 siehe APr 13/139

3 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

Drucksache 13/288

in Verbindung damit**Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen
- Verankerung des Tierschutzes in der Landesverfassung -**

Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 13/326

in Verbindung damit**Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Drucksache 13/419

2

Der Ausschuss kommt überein, die Beratung über diese Gesetzentwürfe zu verschieben.

4 Landesentwicklungsbericht Nordrhein-Westfalen 2000 - Modern. Stark. Vielfältig. Aus alten Stärken neue Chancen gewonnen - Die Politik der Landesregierung in der 12. Legislaturperiode

Unterrichtung der Landesregierung

Drucksache 13/162

3

Der Ausschuss nimmt den Landesentwicklungsbericht zur Kenntnis.

**5 Arbeitsmarktpolitik für NRW mittelstandsfreundlich gestalten
- Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung senken**

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 13/368

4

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen bei Enthaltung der Fraktion der CDU ab.

6 Wirtschaftliche Betätigung der Wirtschaftsbetriebe Oberhausen

Bericht der Landesregierung

6

Nach kurzer Diskussion verständigt sich der Ausschuss darauf, die Beratung dieses Punktes zwecks Klärung des Sachverhalts auf die nächste Ausschusssitzung am 17. Januar 2001 zu verschieben.

7 Geschäftsbesorgung für das Technologieprogramm Wirtschaft

Bericht der Landesregierung

7

Dem Bericht von Minister Ernst Schwanhold (MWMEV) folgt eine Diskussion.

8 Einführung des EU-Patents

Bericht der Landesregierung

9

MDgt Dr. Clausen (JM) berichtet und beantwortet Fragen aus dem Ausschuss.

9 Interregionaler Gewerbepark Marburg

Bericht der Landesregierung

11

Nach Abgabe seines Berichtes beantwortet MDgt Pietrzeniuk (StK) Fragen der Ausschussmitglieder.

10 Gründerboom in Nordrhein-Westfalen

Bericht der Landesregierung

16

Dem ausführlichen Bericht von Minister Ernst Schwanhold (MWMEV) folgt eine kontroverse Debatte. - Der Ausschuss kommt überein, zunächst den schriftlichen Bericht des Ministers zu diesem Punkt abzuwarten und eine vertiefende Debatte in der nächsten Ausschusssitzung am 17. Januar 2001 zu führen.

11 Auswirkungen der neuen Kreditrisiko-Richtlinien der Bank für internationalen Zahlungsausgleich auf die nordrhein-westfälische Wirtschaft

Bericht der Landesregierung

21

Minister Ernst Schwanhold (MWMEV) gibt einen Bericht ab. - Der Ausschuss plant, sich im Frühjahr 2001 ausführlich mit diesem Thema zu beschäftigen.

12 20-Milliarden-Investitionsprogramm Braunkohle

Bericht der Landesregierung

23

Dem Bericht von Minister Ernst Schwanhold (MWMEV) schließt sich eine Diskussion an.

13 Nachhaltige Entwicklung - ein Gestaltungsauftrag für Umwelt und Schule

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 13/404

26

Der Ausschuss verzichtet auf eine Debatte und lehnt den Antrag der Fraktion der CDU gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen ab.

14 Hilfen für die von der Komplettsperrung des Siegerland-Flughafens existenziell bedrohten "Anlieger-Unternehmen"

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 13/410

26

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und der Grünen ab.

15 Einstiegsgeld für langzeitarbeitslose Sozialhilfeempfänger als Anreiz zur Arbeitsaufnahme

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 13/369

28

Der Ausschuss beschließt, kein Votum abzugeben und dem federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge die ausführliche Beratung dieses Antrags zu überlassen.

16 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage (Feiertagsgesetz NRW)

Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 13/371

29

Der Ausschuss lehnt den Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und der Grünen ab.

17 Einheit in Vielfalt - Programm für eine erfolgreiche Politik der Integration

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 13/416

30

Der Ausschuss spricht sich einvernehmlich für eine intensive Beratung dieses Antrags im federführenden Migrationsausschuss aus.

Aus der Diskussion

(TOP 1 siehe Ausschussprotokoll 13/139)

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/400

Vorsitzender Dr. Helmut Linsen teilt mit, der Tradition folgend erhalte der Ausschuss zunächst eine schriftliche Einführung in die ihn betreffenden Kapitel der jeweiligen Einzelpläne. In der Ausschusssitzung am 17. Januar 2001 folge eine Frage- und Diskussionsrunde, in der Sitzung am 7. März 2001 die abschließende Beratung und Abstimmung über die Änderungsanträge.

Werner Bischoff (SPD) fordert, zunächst die Frage der weiteren Zuständigkeit des AWMT für den Verbraucherschutz zu klären.

Marie-Luise Fasse, Vorsitzende des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz, die in einem Schreiben auf Kompetenzschwierigkeiten im Bereich Verbraucherschutz aufmerksam gemacht habe, bezeichne die von Ministerin Höhn inzwischen aufgezeigte Zuständigkeit beider Ausschüsse für den Verbraucherschutz als recht plausibel, so **Vorsitzender Dr. Helmut Linsen**. Er werde dem Ausschuss die schriftlichen Ausführungen der Ministerin zur Verfügung stellen und sie in den AWMT einladen.

Der **Ausschuss** erklärt sich mit dieser Verfahrensweise einverstanden.